



NZZ Global Risk:

Neue Zürcher Zeitung

Pakistan – zwischen Radikalisierung und Pragmatismus

Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Das Militär übernimmt die Macht

Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Koalition der Pragmatiker

Szenario 3

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

**Radikalisierung und zunehmender
Staatszerfall**

Management-Summary

- 1 Die demokratische Entwicklung in Pakistan nach dem Ende der Militärdiktatur 2008 war positiv. Die allgemeinen Wahlen 2009 und 2013 wurden als weitgehend frei und fair beurteilt.
- 2 Trotz einer wachsenden Mittelschicht und deren steigender konsumtriebener Nachfrage sowie günstigen externen Voraussetzungen konnten die grundlegenden Probleme der pakistanischen Volkswirtschaft nicht gelöst werden.
- 3 Der wirtschaftliche Aufschwung unter Premierminister Nawaz Sharif beruhte vor allem auf dem niedrigen Ölpreis und Milliardeninvestitionen aus China in den chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor (China-Pakistan Economic Corridor, CPEC).
- 4 Die Absetzung von Premierminister Nawaz Sharif durch das Oberste Gericht und massiver Druck auf die Medien sind jedoch die Gründe, weshalb in Pakistan kaum noch jemand damit rechnet, dass die Wahlen im Juli den Willen des Volkes widerspiegeln.
- 5 Während Sharifs Partei PML-N auch ohne ihn in allen Umfragen führt, sind Beobachter der Meinung, das mächtige Militär arbeite darauf hin, dass der ehemalige Cricket-Star Imran Khan Premierminister wird. Eine absolute Mehrheit für seine Partei Pakistan Thereek-e Insaaf (PTI) ist jedoch so gut wie ausgeschlossen.
- 6 Eine eher schwache Koalitionsregierung mit Imran Khan an der Spitze erlaubte es den Generälen, in der Aussen- und Sicherheitspolitik weiter federführend zu sein. In anderen Politikfeldern überlässt die Armee gern den Zivilisten die Vorherrschaft.
- 7 Dies dürfte dazu führen, dass die Sicherheitslage im Land, die sich unter dem wachsenden Einfluss des Militärs in den vergangenen Jahren stabilisiert hat, ziemlich stabil bleibt. Es ist daher nicht mit einer grundlegenden Änderung der Politik zu rechnen. Diese dürfte weiterhin auf islamistische Terrororganisationen als Stellvertreterarmee in einem unerklärten Krieg gegen Indien und in Afghanistan setzen.
- 8 Die sogenannten Kreislaufschulden in der Energiewirtschaft und das steigende Haushaltsdefizit werden vermutlich dazu führen, dass die neue Regierung einen weiteren Kredit des Internationalen Währungsfonds (IMF) in Anspruch nehmen muss. Die damit verbundenen Auflagen beschneiden den wirtschaftspolitischen Spielraum der zivilen Regierung in einer kritischen Phase.
- 9 Diese Unsicherheit macht es unwahrscheinlicher, dass es zu grundlegenden Strukturreformen in der Wirtschaft kommt. Die Machtübernahme durch die Islamisten ist ebenso unwahrscheinlich wie der oft beschworene Staatszerfall. Militär und Politik sind in Pakistan wie in einer schwierigen, aber stabilen Ehe verbunden, in der sich beide Partner ständig streiten und doch zusammenbleiben, weil sie zu viel zu verlieren haben.
- 10 Für Schweizer Unternehmen, die in Pakistan vertreten sind oder Geschäfte dort in Erwägung ziehen, besteht weiterhin das Risiko, dass sich die Sicherheitslage ziemlich schnell wieder verschlechtert. Mögliche Faktoren sind ein verstärkter Druck der USA auf Islamabad, gegen Terrororganisationen vorzugehen, oder Regierungskrisen, verursacht durch Reibereien innerhalb einer neuen (Koalitions-) Regierung sowie Konfrontationen zwischen ziviler Regierung und Militär.

Ausgangslage

Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gilt Pakistan als der «gefährlichste Ort der Welt». Dabei war das Land während des Kalten Krieges ein wichtiger Partner der USA. In Zusammenarbeit mit Pakistans berüchtigtem Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) unterstützte die CIA die radikalislamischen Taliban-Milizen in Afghanistan, um die sowjetische Besatzungsmacht zu bekämpfen.

Doch 2001 drehte der Wind in der Weltpolitik. Die Taliban, die ab 1996 in Afghanistan an der Macht waren, hatten dem Drahtzieher der Anschläge in New York und Washington, Usama bin Ladin, Gastrecht gewährt und waren nun der neue Hauptfeind der USA. Für Pakistans Militärdiktator Pervez Musharraf, der sich 1999 gewaltfrei an die Macht geputscht hatte, war dies eine brandgefährliche Situation. Islamabad hatte sowohl die Taliban-Führung als auch bin Ladins Terrororganisation al-Kaida in Pakistan aufgebaut und beherbergt. Von US-Präsident George W. Bush vor die Wahl gestellt, entweder zu kooperieren oder «in die Steinzeit» zurückgebombt zu werden, sicherte Musharraf den USA Unterstützung zu.

Doch die Taliban und andere radikalislamische Gruppen waren längst zu einem nützlichen Instrument der pakistanischen Aussenpolitik geworden. In Afghanistan, das Islamabad als seinen Hinterhof betrachtet, sicherten sie eine Pakistan-freundliche Regierung, was besonders mit Blick auf den Erzfeind im Osten, Indien, ein wichtiges aussenpolitisches Ziel Pakistans ist.

Ein gefährliches Doppelspiel

Es begann ein kontinuierliches Doppelspiel, das bis heute die pakistanische Aussenpolitik dominiert: Islamabad unterstützt verbal die Anti-Terror-Politik der USA, unterläuft diese aber gleichzeitig. Das hat weder dem Land noch Musharraf gutgetan. Islamistische Gruppen begannen sich selbständig zu machen und zum Teil den pakistanischen Staat zu bekämpfen. Seit 2001 sind nach Angaben der Regierung 35 000 Menschen bei Terroranschlägen in Pakistan ums Leben gekommen.

Die Wirtschaft geriet ins Straucheln. Ausländische Unternehmen zogen sich aus Sicherheitsgründen zurück, und inländische investierten nicht mehr. Gemäss Zahlen des Finanzministeriums in Islamabad beliefen sich die Verluste durch Terrorismus für die pakistanische Wirtschaft von 2001 bis 2015 auf mehr als 100 Mrd. US-\$. Musharraf verlor die Unterstützung der Bevölkerung. Um einer Amtsenthebung durch das Oberste Gericht zu entgehen, trat er 2008 zurück.

Die folgenden Jahre waren gut für die Demokratie, aber schlecht für die Wirtschaft. Nach dem Mord an der populären ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto 2007 gewann ihre Partei, die Pakistan Peoples Party (PPP), 2008 die Wahlen. Ihr Witwer, der infolge seiner Korruptierbarkeit als «Mr. zehn Prozent» geschmähte Asif Ali Zardari, wurde Präsident und schaffte es in den folgenden fünf Jahren, nicht nur seine Regierung zusammen-, sondern auch die Armee in Schach zu halten.

Geschwächte Armee

Als Usama bin Ladin 2011 in der Militärbastion Abbottabad von den USA aufgespürt und getötet wurde, musste sich zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans der mächtige Chef des Generalstabs – damals General Ashfaq Kayani – vor dem Parlament verantworten. Die Armee hatte stets behauptet, nicht zu wissen, wo sich bin Ladin aufhalte.

Doch die Schwäche der Armee hatte auch Nachteile. Die Sicherheitslage verschlechterte sich dramatisch. Attentate auf Schulen und Sufi-Schreine forderten hundert Tote. In der Wirtschaftsmetropole Karachi machten Bandenkriege die Strassen unsicher. 2011 wurde Salman Taseer (PPP), der Gouverneur der grössten Provinz, Punjab, von seinem Leibwächter auf offener Strasse erschossen.

Das Wirtschaftswachstum fiel von 5% im Jahr 2008 auf 0,4% im Folgejahr und erholt sich seither nur langsam. Die schlechte Sicherheitslage war aber nur ein Grund für die Wirtschaftskrise. Jahrelanges Missmanagement in Pakistans Energiesektor führte dazu, dass selbst Grossstädte wie Lahore oft bis zu zwölf Stunden am Tag ohne Strom auskommen mussten. Fabriken mussten schliessen, weil die Kosten für Generatoren ihre Gewinne auffrassen.

Wirtschaftliche Erholung

2013 gewann Nawaz Sharif mit seiner Partei PML-N die Wahlen. Zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans

wurde eine zivile Regierung in freien und fairen Wahlen abgelöst. Es war ein Sieg für die Demokratie. Auch mit der Wirtschaft geht es seitdem bergauf. Das Bruttoinlandprodukt wuchs kontinuierlich, von 4,1% im Jahr 2014 auf knapp 5,6% im letzten Jahr.

Reformen, die auch auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IMF) erfolgten, und die Abschaffung von Subventionen brachten den Energiesektor wieder auf Trab. Die Zeit der Stromausfälle schien vorüber zu sein. Investitionen von rund 60 Mrd. US-\$ in den chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor schufen Arbeitsplätze und beflügelten die Börse in Karachi, die in den vergangenen Jahren zu den besten Performern weltweit gehörte.

All dies ist jedoch schon wieder bedroht. Der Armee gefällt es nicht, dass Nawaz Sharif auch dank diesen Erfolgen mächtig und unabhängig wurde. Das Gerichtsurteil gegen ihn und massiver Druck auf die Medien werfen einen langen Schatten auf die bevorstehenden Wahlen. Schon weist der IMF warnend darauf hin, dass die pakistanische Staatsverschuldung wieder ansteige und das Defizit in diesem Jahr 5,5% des BIP betragen könnte. Die Zentralbank hat die pakistanische Rupie in diesem Jahr bereits dreimal abgewertet. Steigende Importe und stagnierende Exporte sowie die ungelöste Problematik der zirkulären Schulden im Energiesektor dürften dazu führen, dass die Regierung erneut ein Hilfspaket des IMF in Anspruch nehmen muss.



Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Das Militär übernimmt die Macht

Trotz Manipulation gewinnt die PML-N die Parlamentswahlen. Nawaz Sharifs Bruder Shabaz wird Premierminister und setzt alles daran, die Ehre der Familie wiederherzustellen und Nawaz Sharif aus dem Londoner Exil zurückzuholen.

Massenproteste legen das Land lahm. Organisiert wurden sie von Imran Khan, der behauptet, man habe ihm erneut den Wahlsieg gestohlen, und von religiösen Gruppierungen. Es kommt zu Strassenschlachten und Attentaten.

Die Wirtschaft bricht ein. Armeechef General Qamar Bajwa übernimmt dem Argument die Macht, Pakistan vor dem Untergang retten zu müssen.



Noch Anfang des Jahres führte die PML-N alle Meinungsumfragen vor den Parlamentswahlen mit rund zehn Prozentpunkten an. In Nawaz Sharifs Regierungszeit seit 2013 hat sich nicht nur die Sicherheitslage stabilisiert. Auch das Wirtschaftswachstum hat angezogen, die Börse in Karachi verzeichnete einen Boom, die Armut sinkt, die Mittelklasse wächst und kurbelt durch ihre solide Nachfrage die Wirtschaft an. Das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Machtkampf zwischen Armee und Sharif

Viele politische Beobachter sind daher der Meinung, dass Nawaz Sharif mit fliegenden Fahnen wiedergewählt würde, wenn er nicht vom Obersten Gericht wegen Korruptionsvorwürfen disqualifiziert worden wäre. Hinter dem Gerichtsurteil, das sich auf eine dünne Beweislage stützt, wird der Einfluss der Armee vermutet. Sharif wurde bereits zuvor zweimal vom Militär aus dem Amt gedrängt, weil er die Armee aus der Politik heraushalten will.

Für die Generäle stellt die Familie Sharif, die über

ein weitverzweigtes Business-Imperium verfügt, in der Tat die grösste Bedrohung dar. Ein Bruder von Nawaz, Shahbaz Sharif, war bis vor kurzem der unangefochtene Ministerpräsident der grössten Provinz, Punjab. Es ist damit zu rechnen, dass die PML-N, derzeit unter der Führung von Shahbaz Sharif, im Punjab erneut die Wahlen gewinnt.

Aus diesem Grund hat die Armee vor den Wahlen viele Register gezogen. Infolge der Enthüllungen der sogenannten Panama Papers wurde Nawaz Sharif wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche angeklagt. Aus dem Amt gedrängt wurde er allerdings mit der ziemlich dünnen Begründung, dass er über die Vermögenswerte seiner Familie im Ausland keine ehrlichen Angaben gemacht habe.

Spaltpilz Sharif

Während niemand in Pakistan Sharif für einen Heiligen hält, ist die Öffentlichkeit tief gespalten darüber, ob die Anklage ein wichtiger Schritt zur Korruptionsbekämpfung ist oder nur ein weiteres Komplott, um einen



populären Politiker kaltzustellen. Korruptionsvorwürfe waren in der Vergangenheit für die Generäle stets das Mittel der Wahl, um unliebsame Premierminister loszuwerden.

Stärker denn je wurde im Vorfeld der Wahlen auch Druck auf die Medien ausgeübt. Einer der grössten Fernsehsender, Geo TV, etwa wurde wegen seiner Sharif-freundlichen Berichterstattung im März teilweise tagelang einfach vom Netz genommen. Die Journalistin Gul Bukhari, die als Kritikerin der Armee bekannt ist, wurde im Juni für kurze Zeit entführt und schweigt seitdem über die Umstände.

Der Innenminister Ahsan Iqbal (PML-N) wurde im Mai an einer Parteiversammlung in seinem eigenen Wahlkreis gar angeschossen. Ob es sich um einen Mordversuch oder eine Warnung handelte, ist unklar. Der Attentäter stand offenbar in Verbindung mit der islamistischen Partei Tehreek-e Labbaik, aus deren

Umfeld auch der Mörder des früheren Gouverneurs Salman Taseer stammt.

Greift die Armee ein?

Die Zeichen sind daher deutlich: Eine Rückkehr der PML-N an die Macht ist derzeit nicht gewünscht. Ihre Umfragewerte sind in den vergangenen Monaten stark zurückgegangen, und sie liegt derzeit etwa gleichauf mit Imran Khans PTI. Falls die PML-N die Wahlen dennoch gewinnt, ist mit heftigen Protesten und Unruhen zu rechnen, sowohl durch die PTI als auch durch islamistische Gruppen.

Sollten diese Proteste ausser Kontrolle geraten, könnte sich die Armee gezwungen sehen, einzuschreiten. Dies ist wegen der fortgesetzten Wahlmanipulation und der Einschüchterung von Kritikern derzeit aber eher unwahrscheinlich und wird auch von der Militärführung nicht angestrebt.

Fazit Szenario 1

Die Armee ist ein wichtiger Machtfaktor in Pakistan. Man kann auf Dauer nicht gegen sie regieren. Das hat Nawaz Sharif nun schon zum dritten Mal zu spüren bekommen. Dennoch ist die PML-N nach wie vor eine populäre und einflussreiche Partei, was die Armee nicht ignorieren kann. Ein Putsch ist jedoch mit enorm hohen Kosten für das Land und das Militär verbunden, weshalb diese Option vorerst unwahrscheinlich ist.



Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Koalition der Pragmatiker

Imran Khans PTI gewinnt die Wahlen mit knappem Vorsprung, ist aber auf eine Koalition mit der PPP unter Benazir Bhuttos Sohn Bilawal angewiesen. Die PML-N geht unter lauten Protesten gegen die Wahlfälschung in die Opposition. Shabaz Sharif bleibt Regierungschef in seiner Heimatprovinz Punjab und wartet auf seine Stunde.

Die Regierung von Premierminister Imran Khan kooperiert mit dem IMF und mit China. Die Sicherheitslage bleibt stabil, da die Armee die radikalsten Terrorgruppen in Schach hält.

Die Regierung von Premierminister Imran Khan kooperiert mit dem IMF und mit China. Die Sicherheitslage bleibt stabil, da die Armee die radikalsten Terrorgruppen in Schach hält.

Das Wunschscenario des Militärs scheint derzeit ein knapper Wahlsieg der PTI zu sein. Der charismatische Imran Khan ist fest entschlossen, Premierminister zu werden. Allerdings hat er anders als die PML-N im Punjab und die Pakistan Peoples Party (PPP) der Bhutto-Familie in Sindh keine eigene Hochburg. Zwar regiert die PTI seit 2013 in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa (KP), sie ist dort aber alles andere als unangefochten.

Khan braucht Verbündete

Wenn Imran Khan die Wahl gewinnt, wird er daher auf einen Koalitionspartner angewiesen sein. Dies ist durchaus im Sinne des Militärs, denn auch die Generäle trauen Imran Khan nur begrenzt über den Weg. Der ehemalige Cricket-Star hat ein berüchtigtes ausgeprägtes Ego und gilt folglich als unberechenbar. Die PPP unter der Führung des jungen Bilawal Bhutto wäre daher der ideale Partner. Mit 29 Jahren hat Bilawal Bhutto den Grossteil seiner politischen Karriere noch vor sich und dürfte allein aus Senioritätsgründen den 65-jährigen Khan noch nicht allzu sehr herausfordern können.

Auch für Bhutto und seine PPP wäre dies kein schlechtes Arrangement, denn es bedeutete eine Rückkehr an die Macht und erlaubte dem Sohn der bekannten Politiker-Dynastie, sich in der Regierung erste Sporen zu verdienen. Auch ideologisch sind die Differenzen zwischen den beiden Parteien nicht so gross, wie es auf den ersten Blick scheint. Der «Sozialismus» der PPP war noch nie ernst zu nehmen, und die Partei hat

immer auch Zugeständnisse an die Islamisten gemacht, wenn es notwendig erschien.

Mittel aus China und vom IMF

Einig dürften sich PTI und PPP in ihrer Absicht sein, die soziale Infrastruktur zu verbessern. Die massiven Investitionen Chinas in den CPEC kommen daher gerade recht, denn der Ausbau von Schulen und Krankenhäusern kostet Geld. Die zu erwartende Inanspruchnahme eines neuen Hilfspaketes des IMF dürfte zudem sicherstellen, dass das Haushaltsdefizit nicht aus dem Ruder läuft.

Ob eine solche Koalition in der Lage ist, tiefere Reformen zu initiieren, wie etwa eine Ausweitung der Steuerbasis (derzeit zahlt nur etwa 1% der Bürger überhaupt Steuern) oder ein besseres Management des Energiesektors, ist fraglich. Imran Khan wird darauf drängen, Schwarzgeld und Korruption zu bekämpfen, doch ist zu bezweifeln, dass er sich damit gegen die Interessen der pakistanischen Oberklasse durchsetzen kann.

Ein sonderbares Paar

Konflikte mit der gesellschaftspolitisch progressiven PPP könnte es auch hinsichtlich der Rechte von Frauen und Minderheiten geben. Eine wichtige Wählerbasis der PTI ist die wachsende konservativ-islamische Mittelschicht. Entscheidend für die Bürgerinnen und Bürger wird jedoch sein, ob die Sicherheitslage stabil bleibt und es ökonomisch bergauf geht. Beides könnte in dieser Kombination gelingen.

Fazit Szenario 2

Da die Armee nach dem Sturz von Pervez Musharraf vorerst nicht die Absicht hat, die Macht in Pakistan zu übernehmen, ist sie auf Wahlmanipulation angewiesen, um ihre Ziele zu erreichen. Dies ist jedoch leichter gesagt als getan. Die beiden grössten Parteien, PML-N und PPP, haben einen festen Rückhalt in ihren Hochburgen Punjab und Sindh. Bei den Wählern steht Demokratie höher im Kurs als Diktatur. Der Grossinvestor China und der IMF sorgen zudem auf ihre Weise dafür, dass die Lage in Pakistan bei aller Ungewissheit einigermaßen stabil bleibt und das Land nicht vom Wachstumspfad abkommt.



Szenario 3

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Radikalisierung und zunehmender Staatszerfall

Die Parlamentswahlen bringen keine klare Mehrheit. Die etablierten Parteien können sich nicht auf eine Koalition einigen. Alle behaupten, die Wahl sei manipuliert worden.

Imran Khan zimmert eine fragile Koalitionsregierung aus rechtsreligiösen und kleineren Regionalparteien. Die Wirtschaft schwächelt, religiöse Hardliner inner- und ausserhalb der Regierung stellen immer radikalere Forderungen, die sie mit Terror und Drohungen durchzusetzen versuchen.

Die Forderung nach «mehr Islam» spaltet das Land weiter. In Provinzen wie Belutschistan und Khyber Pakhtunkhwa wachsen Protest- und Unabhängigkeitsbewegungen, angefeuert von Indien, weiter an. Der Armee entgleitet die Kontrolle. Pakistan droht der Zerfall.



Eine der Konstanten der pakistanischen Politik war bisher, dass islamistische Parteien an der Wahlurne nie mehr als ein paar Prozent der Stimmen gewannen. Die Jamiat Ulema-e Islam (JUI), eine der ältesten politischen Parteien Südasiens und Vertreterin der Deobandi-Schule des Islam, ist in verschiedene Fraktionen gespalten. Die Jamaat-e Islami (JI), die der ägyptischen Muslimbruderschaft ähnelt, konnte trotz hervorragender Organisation die Wähler nie begeistern.

Einbindung des politischen Islam

Doch die Teile-und-herrsche-Strategie des Militärs hat in den vergangenen Jahren den Aufstieg neuer islamistischer Parteien befördert, die das Potenzial haben, die politische Landschaft in Pakistan zu verändern. Seit sich die Armee entschlossen hat, ernsthaft gegen einige der Terrorgruppen im Land vorzugehen, unterstützt sie die Einbindung anderer Gruppierungen in den politischen Mainstream.

Die Botschaft des Militärs ist klar: Wer darauf verzichtet, den pakistanischen Staat zu bekämpfen, darf seine radikale Ideologie weiter propagieren und auch für Wahlen kandidieren. Denn als inoffizielle Soldaten im indischen Teil Kaschmirs und in Afghanistan sind die Islamisten der Armee noch immer lieb und teuer. Diese

Politik hat in den vergangenen Jahren zum Aufstieg einer ganzen Reihe neuer radikaler Parteien geführt.

Der international gesuchte Chef der Terrororganisation Lashkar-e Toiba, Hafiz Saeed, etwa durfte im August des vergangenen Jahres eine Partei gründen, die Mili Muslim League (MML). Ebenfalls seit 2017 als Partei registriert ist die Tehreek-e Labbaik Pakistan (TLP), aus deren religiösem Umfeld der Mörder Salman Taseers, Mumtaz Qadri, stammt. Der Kult um den als Mörder hingerichteten Qadri hat erheblich zum Aufstieg der Partei beigetragen, die im Juli in Lokalwahlen in Lahore mehr Stimmen gewann als die PPP und die JI. Der Attentäter, der kürzlich im Zusammenhang mit den Schüssen auf Innenminister Ahsan Iqbal festgenommen wurde, soll laut Berichten Kontakt zur Tehreek-e Labbaik haben.

Eine andere radikale Gruppe ist die sektiererische Anti-Schia-Organisation Ahle-Sunnat Wal Jamaat (ASWJ), die früher als Sipa-e Sahaba bekannt war. Ihr Chef Ahmed Ludhvani wurde kürzlich von der Liste derer genommen, die wegen ihrer Terrorverbindungen nicht zu Wahlen antreten dürfen. Die Mitglieder der ASWJ, die nicht zu den Wahlen zugelassen ist, treten auf der Plattform der Rah-e Haq (Weg der Wahrheit)-Partei an.



Wandlung des Playboys Khan

Wie erfolgreich diese Parteien im Juli an der Wahlurne sind, bleibt abzuwarten. Entscheidend ist, dass der Prozess der Legitimierung und des Mainstreamings extremistischer Gruppen in Pakistan begonnen hat. Imran Khan, der lange als Playboy bekannt war, ist in den vergangenen Jahren selbst immer religiöser geworden und könnte daher offen dafür sein, diese Gruppen als Mehrheitsbeschaffer in die Regierung zu holen. Inwieweit sie sich jedoch einbinden lassen, ist fraglich.

Eine gewisse Abkehr der Wähler vom politischen Mainstream lässt sich auch an den Erfolgen der paschtunischen Protestbewegung, des Pashtun Tahafuz Movement (PTM) unter dem jungen Führer Manzoor Pashteen, ablesen. Die paschtunische Bewegung ist eine friedliche Volksbewegung ohne religiöse Untertöne und beruft sich auf Bacha Khan, den ehe-

maligen Mitstreiter von Mahatma Gandhi. Doch sie hat das Militär aufgeschreckt, eine Berichterstattung über die Protestmärsche der PTM wurde in pakistanischen Medien weitgehend unterbunden.

Vorläufige Ruhe in den Stammesgebieten

Die lange geforderte Einbindung der früheren autonomen paschtunischen Stammesgebiete in die Provinz Khyber Pakhtunkhwa ist eine Reaktion auf diese Bewegung und ein Stabilisierungsfaktor, denn eines ist klar: Ein weiteres Belutschistan, in dem die Unabhängigkeitsbewegung nur mit massivem Druck der Armee unterbunden werden kann, kann sich Pakistan nicht leisten.

Bisher drohten weder die Islamisten noch Unabhängigkeitsbewegungen ausser Kontrolle zu geraten, doch langfristig sind die Islamisten ein nicht zu unterschätzender Risikofaktor.

Fazit Szenario 3

Pakistan ist ab 2001 oft und zu Unrecht als gescheiterter Staat bezeichnet worden. Zwar ist vor allem auch unter jungen Menschen eine religiöse Radikalisierung zu verzeichnen, doch die wachsende Mittelklasse gibt sich nicht mit frommen Sprüchen zufrieden und will vor allem Chancen und Arbeitsplätze. Die Armee sieht sich als Hüterin des Landes und sitzt fest genug im Sattel, um ein Abgleiten ins Chaos zu verhindern. Sollte Ende Juli keine Partei in der Lage sein, eine tragfähige Koalition zu bilden, droht eine Regierungskrise. Diese könnten Wahlkommission und Justiz etwa durch Neuwahlen lösen. So schwach, dass dies nicht gelingen könnte, sind die demokratischen Institutionen in Pakistan bis jetzt nicht.

Was bedeutet das für die Schweiz?

Mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Mio. Menschen und einer wachsenden konsumfreudigen Mittelschicht ist Pakistan ein attraktiver Markt für exportorientierte Unternehmen. Die Schweiz verzeichnet traditionell einen Überschuss im Handel mit Pakistan und ist dort seit vielen Jahren einer der grössten Direktinvestoren. Die meisten Schweizer Unternehmen sind in Karachi angesiedelt. Sie beschäftigen landesweit etwa 12 000 Personen. Sehr erfolgreich verkaufen sich Schweizer Waffen, deren Export nach Pakistan im vergangenen Jahr ein Volumen von 24 Mio. Fr. erreichte.

Zwischen den beiden Ländern bestehen zahlreiche bilaterale Abkommen, beispielsweise zum Schutz von Investitionen und zur Doppelbesteuerung. Auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) ist in Pakistan engagiert, etwa in den Bereichen ländliche Entwicklung, Regierungsführung und Konfliktbewältigung sowie in der Nothilfe.

Ein schwieriger Partner

Dennoch ist Pakistan alles andere als ein «normales» Entwicklungsland und in jeder Hinsicht ein schwieriger Partner. Wegen der komplexen innenpolitischen Lage, in der die Armee hinter den Kulissen die Strippen zieht, und der grossen Zahl an gewaltberei-

ten Extremisten kann sich die Sicherheitslage schnell ändern. Das ist der Grund dafür, dass das Land ausser massiven Investitionen aus China, die vor allem politisch motiviert sind, nur wenige ausländische Direktinvestitionen anzieht und bei heimischen Unternehmen eine Kapitalflucht zu beobachten war.

Die bisher ungelösten Probleme im Energiesektor verteuern zudem die Produktionskosten in Pakistan, das über eine grosse Zahl günstiger, aber zumeist schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte verfügt. Das Justizsystem ist zum Teil stark dysfunktional, was bei der Durchsetzung von Verträgen zu Problemen führen kann. Im Ease-of-Doing-Business-Index der Weltbank lag Pakistan 2017 auf Platz 147 von 190 Ländern.

Schnell kann man in Pakistan auch in die Mühlen der Politik geraten, wie der Schweizer Botschafter in Islamabad 2017 zu spüren bekam. Er sollte des Landes verwiesen werden, weil in Genf eine Organisation auf Bussen und Plakaten die Unabhängigkeit der Provinz Belutschistan gefordert hatte. In Genf lebt auch der Anführer der separatistischen Baloch Republican Party (BRP), Brahamdagh Khan Bugti, der in Islamabad als Terrorist gilt. Die Zusammenarbeit mit Pakistan erfordert daher immer wieder politische Justierung, Flankierung und Vorsicht.

Zum Schluss: Drei Dinge, die Sie nicht vergessen dürfen

1

Pakistan erlebt einen massiven gesellschaftlichen Umbruch. Während die ältere Generation oft noch von der Erfahrung des indischen Subkontinents geprägt ist, in dem Muslime und Hindus eine ganz eigene Hybridkultur geschaffen hatten, ist die junge Generation stark von einer islamisch-nationalistischen Ideologie geprägt. Viele Pakistaner verdienen ihr Geld in der arabischen Welt und haben sich zum Teil die dort vorherrschenden Interpretationen des Islam zu eigen gemacht. Die Mittelklasse in Pakistan ist heute daher konservativer und anfälliger für eine radikale Ideologie.

2

Pakistan ist ein extrem politisiertes Land, in dem der Geheimdienst nicht nur beobachtet, was Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Unternehmen tun, sondern dies auch zu beeinflussen versucht. Dies führt mitunter zu einer Blase aus Verschwörungstheorien und Angst, die rationales Handeln erschwert.

3

Für China ist Pakistan ein sehr wichtiger Partner, weil das Land eine Schnittstelle für die Belt-and-Road-Initiative darstellt. Diese soll den Weg nach Europa ebnen. Der CPEC sichert den Zugang zu Afrika und hält den Rivalen Indien in Schach. Daher wird Pakistan ökonomisch weiterwachsen und politisch nicht an Bedeutung verlieren.

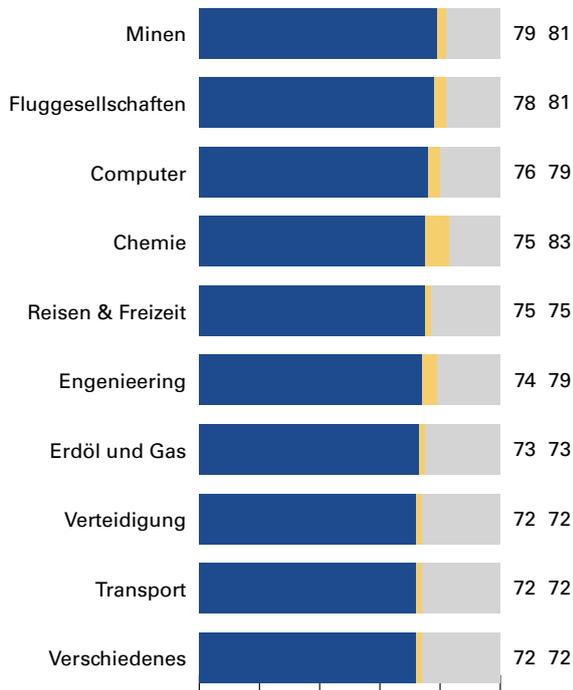
Facts & Figures



In welchen pakistanischen Branchen schlummern die grössten Reputationsrisiken?

Höchster RepRisk-Index-Wert (0–100) in den vergangenen

■ 2 Jahren ■ 4 Jahren



RepRisk

NZZ-Infografik/Pma.

«NZZ Global Risk»: Das Weltgeschehen in Szenarien

Neue Zürcher Zeitung

Profitieren Sie vom globalen Wissen des weltweiten Korrespondentennetzes der «Neuen Zürcher Zeitung». Jede Woche analysieren die NZZ-Korrespondenten die geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in den wichtigsten Regionen der Welt. Diese exklusiven Inhalte ermöglichen einen Wissensvorsprung, der auch für Ihren Erfolg entscheidend sein kann.

Schreiben Sie uns Ihr Feedback: globalrisk@nzz.ch

Redaktionsleitung: Lukas Sustala Illustrationen: Karsten Petrat Copyright: NZZ Mediengruppe Juli 2018